

wohlweislich vorzubauen, indem er betonte, daß die "neue Weltordnung" sich vor allem auf das Prinzip der Nichteinmischung gründen solle. Jedes Land, das versuche, "seine Art von Menschenrechtsstandards einem anderen Land aufzuzwingen", oder das sich in die inneren Angelegenheit eines anderen Landes "unter dem Vorwand der Menschenrechte einmische", werde auf den entschiedenen Widerstand Chinas stoßen. (XNA, 28.6.94) -we-

begründete die Notwendigkeit verstärkter Schulungsmaßnahmen unverbrämt damit, daß ein Teil der Kader die elementaren Regeln der Parteiarbeit nicht mehr kenne und durch Geldgier, Hedonismus und "extremen Individualismus" deformiert sei. (CNA, No.1513-1514, S.9; Qinghai Volksradio, 22.6.94, bzw. Hebei Ribao, 13.6.94, jeweils nach SWB, 30.6.94)

Zwischen März und Juni dieses Jahres bereisten führende Politbüro-Mitglieder 17 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene, um den regionalen Führungen die Politik der Parteizentrale näherzubringen. In der krisengeschüttelten Nordost-Provinz Heilongjiang bekannte sich der amtierende Gouverneur Tian Fengshan dazu, die Regierung "unter der Führung des Provinzparteikomitees und unter Aufsicht durch den Provinz-Volkskongreß und dessen Ständigen Ausschuß" leiten zu wollen. Im Falle wichtiger politischer Entscheidungen müßten Weisungen vom Provinzparteikomitee erbeten werden. Die politische Linie werde ausschließlich von der Zentrale der Partei in Beijing vorgegeben. (Heilongjiang Ribao, 22.5.94, nach SWB, 3.6.94)

Mitte Juni entschied die Beijinger Führung, Untersuchungsgruppen zur Bekämpfung der Korruption in 24 Provinzen und Autonome Regionen zu entsenden, um die Disziplin in den regionalen Parteiorganisationen zu stärken. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden aus verschiedenen ZK-Abteilungen, dem Nationalen Volkskongreß, der Politischen Konsultativkonferenz, dem Obersten Volksgericht und der Volksstaatsanwaltschaft rekrutiert. Für Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufdeckung größerer Korruptionsfälle beitragen, werden Belohnungen von bis zu 30.000 Yuan RMB ausgesetzt. (XNA, 17./18.6.94)

Aus der ostchinesischen Provinz Shandong wurde gemeldet, daß man dort entschlossen gegen Unternehmen vorgehe, die als Ableger von Partei- und Verwaltungsorganen (häufig zum privaten Nutzen der beteiligten Funktionäre) errichtet wurden. Seit Anfang dieses Jahres seien 228 solcher Kader-Unternehmungen geschlossen worden, 6.378 weitere seien gezwungen worden, sich von ihren Patronage-Institutionen in Partei und Verwaltung zu trennen. Dem Mißbrauch politischer Macht in lukrativen wirtschaftli-

chen Betätigungen müsse entschieden Einhalt geboten werden. (Shandong Volksradio, 23.6.94, nach SWB, 27.6.94)

Ein besonderes Augenmerk der Parteiführung gilt zur Zeit auch dem Aufbau der Partei-Basisorganisation in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. In den knapp 600 Unternehmen dieser Art, die in Tianjin die Produktion aufgenommen haben, sollen inzwischen 114 Hauptzellen und Zellen der Kommunistischen Partei begründet worden sein. Die organisatorischen Strukturen müßten jedoch noch deutlich ausgeweitet werden, um die "Parteiarbeit" in diesem Bereich zu stärken. (Tianjin Ribao, 24.6.94, nach SWB, 6.7.94) -hei-

Innenpolitik

* (6) Die Parteizentrale will ihre Führungsrolle stärken

Die Beijinger Führung hat ihre Bemühungen, den Korruptions- und Verfallserscheinungen in der Kommunistischen Partei entgegenzutreten, verstärkt. Durch die Einbestellung regionaler Parteiführungen zu Instruktionkursen in die Parteischulen sowie durch Entsendung von Arbeitsgruppen aus der Zentrale in die Provinzen soll eine Disziplinierung der Parteiorganisation erreicht werden.

Zwischen Oktober 1993 und Mai 1994 wurden vier Schulungen an der Zentralen Parteischule abgehalten. Zu diesen Kursen wurden 175 Führungskader aus Provinzen und Ministerien einbestellt, darunter immerhin 121 Vollmitglieder und Kandidaten des ZK der KPCh. Jiang Zemin ermahnte die Anwesenden, sich an die Weisungen der Zentrale zu halten und keine Schwächung der Führungsrolle der Partei unter dem Vorwand der Modernisierung zuzulassen. Die Kommunistische Partei sei die regierende Partei und müsse in der Wirtschaftspolitik und in allen anderen Politikbereichen die Führung übernehmen.

In mehreren Provinzen wurde zu einer Reform der Arbeit an den Parteischulen aufgerufen. Das Ziel müsse sein, die praktische Anwendbarkeit und Handlungsbezogenheit des Unterrichtsstoffs zu verbessern. Der Parteisekretär von Qinghai forderte, die Schulung der Parteimitglieder durch "Kontrolle und Aufsicht" zu ergänzen. Der Parteisekretär der Provinz Hebei

* (7) 54 Millionen Parteimitglieder

Nach Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurden im letzten Jahr 1,76 Mio. neue Mitglieder in die Partei aufgenommen und mehr als 50.000 neue Basisorganisationen begründet. Insgesamt verfüge die Partei nun über rund 54 Mio. Mitglieder und 3,34 Mio. Basisorganisationen. 20,653 Mio. (38,2%) der derzeitigen Mitglieder hätten die Oberschule oder eine höhere Ausbildung abgeschlossen. 1983 seien dies nur 7,308 Mio. (17,8%) gewesen.

Unter den neu aufgenommenen Mitgliedern befänden sich 742.000 Arbeiter und Bauern (43,2%) sowie 300.000 Personen aus technischen Berufen (16,9%). Knapp 70% der neu aufgenommenen seien jünger als 35 Jahre, auch sei der Anteil von Frauen und ethnischen Minderheiten stark gestiegen (hierzu wurden keine genaueren Angaben gemacht). (XNA bzw. RMRB, 25.6.94) -hei-

* (8) Deng Xiaopings Grundüberzeugungen

Der körperlich stark geschwächte, fast neunzigjährige Deng Xiaoping hat sich nach Angaben der beijingfreundlichen und deshalb häufig mit internen Informationen bedachten Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (Spiegel) im Mai zu seinen politischen Grundüberzeugungen geäußert.

Deng soll die zentrale Bedeutung des Wirtschaftsaufbaus, der Reform- und Öffnungspolitik sowie die Notwendigkeit von Entwicklung und Wandel hervorgehoben haben. Diese Grundsätze könnten so falsch nicht sein, denn sie würden vom chinesischen Volk gutgeheißen. Wenn sich die nachfolgende Führungsgeneration an diese Leitlinien halte, werde China gute Zukunftsperspektiven besitzen.

Deng vermied es, ein abschließendes Urteil darüber zu fällen, ob es für die Entwicklung des Landes besser sei, wenn die Zentralregierung wieder mehr Macht gegenüber regionalen Führungen gewänne. Die zentrale Kontrolle dürfe einerseits nicht verloren gehen. Andererseits müsse aber die Eigeninitiative und Dynamik der Regionen unbedingt erhalten bleiben.

Zugleich sprach sich Deng gegen den in den letzten Jahren entstandenen Kult um seine Person aus. Er, Deng, halte nichts von der Errichtung von Gedenkstätten und Statuen zu seinen Ehren. Man solle seine persönliche Rolle und Bedeutung nicht übertreiben. Schließlich sei auch nach dem Tod Mao Zedongs der Himmel nicht eingestürzt. (JB, 94/6, S.34-35, S.29) -hei-

* (9)

Chen Yuns Bedenken

Der zweite große alte Mann in der chinesischen Führung, Chen Yun, kann sich nur noch im Rollstuhl fortbewegen und soll kürzlich eine Lungenerkrankung erlitten haben. Noch Ende April hatte er sich nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* (Trends) äußerst kritisch zu Problemen der neueren Entwicklung in China geäußert.

Im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen sowie innerhalb der Parteiorganisation gebe es schwere Mißstände, die nur durch ein entschiedenes Vorgehen der zentralen Führung eingedämmt werden könnten. Vielen der Probleme werde man nur mit "organisatorischen Maßnahmen" und umfassenden personellen Umstellungen bekommen. Hier könne man ruhig resoluter vorgehen als in der Vergangenheit.

Außerdem hätten viele Führungsglieder ihren "kühlen Kopf" angesichts der wirtschaftlichen Erfolge der letzten

Jahre und der Lobeshymnen aus dem Ausland verloren. Man müsse die grundlegenden Probleme jedoch nüchtern betrachten. In der Reformpolitik gegenüber den Staatsunternehmen seien schwere Fehleinschätzungen unterlaufen: Der Verkauf oder die Zerschlagung dieser Unternehmen sei keine Reform, sondern vielmehr ein "Rückschritt" (*daotui*) und eine "Sackgasse" (*silu*, was auch als "Weg in den Untergang" zu übersetzen wäre). Das Gemeineigentum müsse die Grundlage der Volkswirtschaft bleiben, sonst werde die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert: Die sozialen Folgen eines Zusammenbruchs der Staatsbetriebe könne niemand verantworten. (DX, 94/6, S.16-17)

Viele der von Chen Yun angesprochenen Punkte tauchen in den letzten Monaten gehäuft in den Reden von Mitgliedern der Parteiführung auf. Die Zurückstellung der Reform der Staatsbetriebe dürfte neben den heftigen Widerständen in den Belegschaften auch der scharfen Kritik Chen Yuns zuzuschreiben sein. -hei-

*(10)

Warnungen vor wachsendem Einfluß neureicher Privatunternehmer

In einem Beitrag, der sich mit den nachteiligen Folgen des zunehmenden Einkommensgefälles in der chinesischen Gesellschaft beschäftigt, wurde kürzlich auf der "Theorie"-Seite der *Volkszeitung* vor dem wachsenden politischen Einfluß der Schicht (*jieceng*) der Neureichen gewarnt, die keiner direkten Kontrolle durch den Staat oder durch eine Basisinheit (*danwei*) mehr unterworfen seien. Viele der Neureichen versuchten, mit Hilfe ihres Geldes private Interessen gegen staatliche Weisungen durchzusetzen und sich Einfluß in den Staats- und Parteiorganen zu erkaufen. Man könne jedoch nicht zulassen, daß Reichtum zur Erlangung politischer Macht eingesetzt werde. (RMRB, 20.6.94)

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* (Gegenwart) hat die Einheitsfront-Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Anfang Juni ein Dokument verbreitet, in dem Parteiorgane aller Ebenen aufgefordert werden, wachsam zu sein gegenüber "politischen Forderungen, die Privatunternehmer auf der Basis ihrer wirtschaftlichen Macht erheben".

Folgende Strategien zur Mehrung ihres gesellschaftlichen und politischen Einflusses seien unter den Neureichen Chinas verbreitet:

- Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung durch großzügige Spenden für lokale Bildungs- und Fürsorgeeinrichtungen sowie durch Pflege enger Kontakte zu lokalen Kadern und auch Journalisten.
- Manipulation einzelner führender Mitglieder von Parteigremien oder Verwaltungsorganen, die sich als "Berater" von Unternehmern bezahlen lassen und als deren politisches Sprachrohr (*daiyanren*) fungieren.
- Bestechung und Stimmenkauf bei Wahlen von Volksvertretungsorganen und Verwaltungschefs auf den unteren administrativen Ebenen.

Die Ziele, die die Privatunternehmer mit diesen Strategien verfolgten, seien unterschiedlich: Einige suchten politische Protektion für ihre Unternehmen, um Schwankungen in der Politik der Beijinger Führung entgegenzuwirken und Verwaltungsvorschriften sowie gesetzliche Bestimmungen zu umgehen. Einige setzten, nachdem sie in eine lokale Machtposition gelangt seien, ihren politischen Einfluß gezielt zur persönlichen Bereicherung und für die Interessen ihres Familienclans ein. (*Dangdai*, 15.6.94, S.4-5)

In den aufgeführten Entwicklungen kommt zum Ausdruck, daß ökonomisch aufstrebende Gesellschaftsgruppen sich zunehmend um die Durchsetzung ihrer Interessen auf der politischen Ebene bemühen und versuchen, ihre wirtschaftlichen Erfolgchancen durch politische Einflußnahme zu verbessern. Allerdings hat sich die in der Entstehung begriffene Unternehmerschicht bisher kaum gegen das kommunistische Regime gewandt. Die Neureichen Chinas versuchen vielmehr, sich mit der etablierten Kaderschicht zu arrangieren.

So muß im Gegensatz zu den offiziellen chinesischen Warnungen bezweifelt werden, daß die neue Unternehmerschicht schon jetzt zur Selbstbehauptung der Gesellschaft gegenüber der Autorität von Partei und Staat in China beiträgt. Zur Zeit ist vielmehr eine enge Verflechtung und symbiotische Beziehung zwischen Machteliten und neureichen Unternehmern vor allem auf lokaler Ebene zu beobachten. -hei-

***(11)
Neunzehn neue Generäle: Jiang Zemin
wirbt um die Gunst des Militärs**

Am 8. Juni wurden neunzehn Offiziere der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) in den Generalsrang erhoben. Acht von ihnen haben Positionen in der zentralen Militärführung inne, elf fungieren als Kommandeure oder Politkommissare in den Militärregionen. Bereits in den Jahren 1988 und 1993 waren 17 bzw. 6 Offiziere in diesen Rang erhoben worden. Damit wird die chinesische Armee nun von insgesamt 42 Generälen angeführt.

Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der zugleich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (des Führungsorgans der VBA) ist, nahm die Beförderungen selbst vor. Jiang hat sich in den vergangenen Jahren beständig um die Unterstützung durch die militärische Führung bemüht und verfügt inzwischen offenbar über gute Kontakte zu mächtigen Militärführern wie Liu Huaqing und Zhang Zhen. Jiang hat in den letzten Jahren die personelle Erneuerung des Offizierscorps und die Aufstockung des Militärbudgets mit Nachdruck vertreten. Er soll sich intensiv um Beförderungen politisch loyaler Offiziere (von der Divisionsebene an aufwärts) gekümmert und unzählige persönliche Gespräche und Truppenbesuche durchgeführt haben. (RMRB, 9.6.94; *Dangdai*, 15.5.94, S.23-24, S.19; ZM, 94/7, S.11-12)

Auch die Rechtfertigung des Truppeneinsatzes im Juni 1989, die Jiang kürzlich öffentlich formuliert hat (siehe C.a., 94/5, S.457), diene seinem Werben um die Gunst des Militärs. Ob Jiang sich der Loyalität der Armee sicher sein kann, ist allerdings weiterhin zweifelhaft, da er sich nicht auf ein gewachsenes Beziehungsgeflecht in der Volksbefreiungsarmee stützen kann. -hei-

***(12)
Tibet: Warnung vor separatistischen
Aktivitäten und Pläne für neue Ent-
wicklungsstrategie**

Während der Jahrestagung des Volkskongresses der "Autonomen Region Tibet" hat die regionale Führung zum entschlossenen Kampf gegen "feindliche Kräfte innerhalb und außerhalb Tibets" aufgerufen, die ihre "separatistischen Aktivitäten" in den letzten Jahren verstärkt hätten.

Der "Dalai-Lama-Clique und internationalen feindlichen Kräften" wurde vorgeworfen, Agenten nach Tibet zu entsenden, "reaktionäre Untergrundorganisationen" aufzubauen und ihre "politische, ideologische und religiöse Infiltration" zu intensivieren. Diese Kräfte seien bemüht, separatistische Aktivitäten bis in entlegene Gebiete Tibets hinein zu schüren und besonders die junge Generation für ihre Ziele zu gewinnen. Gegen diese Kräfte müsse die "Macht der demokratischen Diktatur des Volkes" mit voller Härte eingesetzt werden. In einem Rückfall in den Sprachgebrauch maoistischer Zeiten machte Raidi (der 1. Vize-Sekretär des KPCh-Komitees in Tibet, der für den dortigen Sicherheits- und Justizapparat verantwortlich ist) deutlich, daß die "feindlichen Kräfte" sich wegen des unversöhnlichen "Klassencharakters" der Tibet-Frage niemals von selbst geschlagen geben würden. Man müsse deshalb stets wachsam bleiben. (Tibet TV, 23./24.5.94, nach SWB, 27.5.94; Xizang Ribao, 6.6.94, nach SWB, 10.7.94)

Ausländischen Presseberichten zufolge soll es im Mai zu mehreren lokalen Protesten gegen die chinesische Herrschaft und zu zahlreichen Verhaftungen gekommen sein. (Kyodo News Service, 27.5.94, nach SWB 31.5.94; SCMP, 29.5.94) Heftige Proteste hatten sich schon im letzten Jahr in mehreren Regionen Tibets gegen die chinesische Siedlungspolitik gerichtet. Den chinesischen Behörden wird vorgeworfen, eine Kolonisierung Tibets durch Chinesen aus den überbevölkerten Gebieten Zentral- und Ostchinas gezielt voranzutreiben. Es sei geplant, allein im Lhasa-Tal, in dem neue landwirtschaftliche Nutzflächen mit Unterstützung eines UN-Projekts erschlossen werden, 130.000 zugewanderte Chinesen anzusiedeln. Die Neuan siedlung habe zur Diskriminierung und Verdrängung der dort ansässigen Tibeter geführt. Die tibetische Exilregierung vermutet, daß Beijing "die Tibeter in einem Meer von Chinesen ertränken" wolle. (SCMP, 30.1. und 20.3.94)

Nach amtlichen chinesischen Angaben hat sich die tibetische Bevölkerung seit den frühen fünfziger Jahren mehr als verdoppelt. 1993 hätten 2,2 Mio. Menschen in Tibet gelebt, davon sollen rund 90% der tibetischen Volksgruppe angehören. (XNA, 12.6.94) Diese

offiziellen Zahlen erscheinen zweifelhaft, da die in Tibet stationierten Truppeneinheiten sowie die nur zeitweilig in Tibet arbeitenden Chinesen nicht vollständig berücksichtigt sind. Der tatsächliche Anteil von Nicht-Tibetern an der Bevölkerung dürfte beträchtlich höher liegen.

Abgesehen von dem Kolonisierungsprogramm, das von Beijing nur unter der Hand (nicht als offizielle Politik) vorangetrieben und von dem starken Abwanderungsdruck aus dem chinesischen Kernland getragen wird, diskutiert die zentrale Führung zur Zeit weitreichende Pläne zur Modernisierung und wirtschaftlichen Öffnung Tibets, die zur politischen Stabilität und Integration der Region beitragen sollen.

Wie Gyaincain Norbu, der Regierungschef der "Autonomen Region Tibet", in einem Interview mit der von Beijing kontrollierten Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* sagte, könne Tibet wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume erhalten, die noch über die Sonderbedingungen für die Shanghaier Pudong-Zone hinausgingen. Landnutzungsrechte sollten so großzügig gewährt werden, daß die Erschließung der dünnbesiedelten Gebiete in raschen Schritten vorankomme. Die Zentralregierung werde ein massives Investitionsprogramm in Gang setzen, um die tibetische Wirtschaft anzukurbeln und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Außenwirtschaftlich könne Tibet durch Vorzugsbedingungen für Investitionen und Handel ein Tor zu Südasien werden.

Noch in diesem Herbst solle eine nationale Konferenz abgehalten werden, um eine Entwicklungsstrategie für Tibet zu entwerfen. Diese Konferenz werde eine "qualitative Veränderung" in Beijings Tibet-Politik bringen. (*Wen Wei Po*, 30.5.94; SCMP, 28.6.94) -hei-

Kultur

***(13)
Nationale Erziehungskonferenz**

Vom 14.-17. Juni 1994 fand in Beijing eine große, vom ZK der KPCh und dem Staatsrat einberufene nationale